

ENERGIEDIALOG SACHSEN

Wesentliche Inhalte der 2. Sitzung am 17. Juli 2003, 13.00 – 18.30 Uhr
Blockhaus Dresden

1. Teil

Der Moderator Herr Geinitz begrüßt die Teilnehmer und gibt die Tagesordnung bekannt. Im Anschluss wird die Niederschrift über die erste Dialogsitzung am 19.05.2003 von der Dialogrunde genehmigt. Auf seine Nachfrage hin stellt Herr Geinitz fest, dass es keine Einwände der Dialogteilnehmer gegen einen Tonmitschnitt zur internen Sitzungsauswertung gibt.

Frau Staatssekretärin Fischer zeigt sich in ihrer Eröffnungsrede erfreut über die außerordentlich positive Resonanz auf die Auftaktsitzung des ENERGIEDIALOG SACHSEN. Deshalb wurde kurzfristig diese zusätzliche Sitzung eingeschoben. Damit steht nun mehr Zeit zur Verfügung, um einzelne Themen, wie z. B. die Energieerzeugungstechnologien, vertieft besprechen zu können. Frau Fischer hat die Erwartung, dass aus dem Energiedialog möglichst viele konstruktive Vorschläge erwachsen, die auch in das zukünftige ENERGIEPROGRAMM SACHSEN übernommen werden können. Sie wünscht der Veranstaltung weiterhin einen guten Verlauf und interessante Diskussionen zum Nutzen aller Teilnehmer.

Anschließend stellt Herr Gerstenberger vom ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Niederlassung Dresden, Ergebnisse zur „ökonomischen und demographischen Entwicklung in Sachsen bis 2030“ vor, gefolgt von der Präsentation von Herrn Fahl vom IER Stuttgart, der die wichtigsten Rahmenbedingungen im Energiewirtschaftssektor darlegt und eine mögliche Entwicklung für das Basisszenario aufzeigt.

Im Anschluss an diese zwei Vorträge eröffnet Herr Geinitz die Diskussion.

Herr Wulfkühler hinterfragt die Erwartungen des ifo Instituts bezüglich des Wirtschaftswachstums bei schrumpfender Bevölkerung. Er sieht die Wachstumspotenziale in der Produktivität der sächsischen Wirtschaft nach den Umstrukturierungen in den 90 er Jahren als erschöpft an.

Herr Gerstenberger erwidert, dass vor allem der Einfluss des Humankapitals in den kommenden Dekaden an Bedeutung gewinnen wird und sieht bezüglich dessen Standortvorteile für Sachsen, die bei einem angenommenen Wachstum der Weltmärkte zu einem Wirtschaftswachstum auch in Sachsen führen würde, trotz sinkender Bevölkerungszahlen.

Herr Krause hinterfragt die Präzision der Wirtschaftsprojektion bis 2030 und verweist auf die Prognosen für das Wirtschaftswachstum aus dem im Jahre 1993 verabschiedeten Energieprogramm für Sachsen, welche nicht eingetreten sind. Er schlägt deshalb für das Basisszenario einen sogenannten „Erwartungskorridor“ vor, der von einer pessimistischen Untergrenze und eine hoffnungsvollen Obergrenze eingerahmt ist.

Herr Gerstenberger bestätigt die technische Machbarkeit einer solchen Vorgehensweise, befürchtet jedoch, dass ein solch breites Spektrum auch eine gewisse Inhaltsleere mit sich bringen würde. Er betont, dass die gewählte Variante Realitätsnähe beansprucht und die Annahmen durchaus moderat gewählt worden sind.

In diesem Zusammenhang führt Herr Voß weiter aus, dass es nicht angestrebt sei, eine Zukunftsprognose zu erstellen, die den Energieverbrauch, die Arbeitsmarktsituation oder die wirtschaftliche Situation im Jahr 2030 vorhersagt. Es gehe vielmehr darum, aus den Betrachtungen abzuleiten, welche Entscheidungen im wesentlichen im Energiebereich heute notwendig sind. Ergänzend weist Herr Voss darauf hin, dass eine optimistische Wirtschaftsentwicklung mit Hinblick auf den Energiebereich sinnvoll erscheint, um den zukünftigen Herausforderungen bei der Energieversorgung gewachsen zu sein.

Herr M. Schmidt ist überrascht von der optimistischen Einschätzung bezüglich der Arbeitslosenzahlen. Er ist der Auffassung; ein solcher Trend wäre momentan nicht zu beobachten.

Herr Gerstenberger weist darauf hin, dass die Gesamtanzahl der Erwerbstätigen nicht steigen wird, sondern das Arbeitskräfteangebot wegen schrumpfender und alternder Bevölkerung sinkt. Des Weiteren geht Herr Gerstenberger davon aus, dass die eingeschlagenen Reformen am Arbeitsmarkt greifen werden und auch in Deutschland ein Niedriglohnsektor entstehen wird.

Auf Nachfrage von Herrn Krause stellt Herr Gerstenberger klar, dass die Wanderungssalden in direktem Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stehen, somit auch in gewissen Perioden Zuzüge nach Sachsen wahrscheinlich sein werden. Dies muss auch im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung gesehen werden, auf die Herr Pfaffe hinweist. Jedoch verweist Herr Gerstenberger darauf, dass die Zuzüge aus neuen EU-Beitrittsländern wohl eher in die wirtschaftlich stärksten Regionen Westeuropas zu erwarten sind, und Sachsen zu diesen noch nicht zu zählen ist.

Herr Koch fragt, ob Herr Gerstenberger davon ausgeht, dass die Arbeitskosten in Sachsen auch bis 2030 noch geringer sein werden als in anderen Teilen Westeuropas.

Herr Gerstenberger weist darauf hin, dass das momentan im Vergleich zu Deutschland und Teilen Westeuropas überdurchschnittliche sächsische Wirtschaftswachstum in direktem Zusammenhang mit den bis zu 30 % geringeren Lohnkosten zu sehen ist. Er sieht diesen Trend auch fortgesetzt, nicht zuletzt durch den gescheiterten Streik der IG Metall in Ostdeutschland, der seiner Meinung nach mittel- und langfristig positive Auswirkungen für die Entwicklung der sächsischen Industrie haben wird.

Auf Nachfrage von Herrn Elfruth erklärt Herr Gerstenberger, welche Erwartungen er mit der Schaffung des angesprochenen Niedriglohnsektors verbindet und in welchen Bereichen er die Potenziale dafür sieht.

Herr Stiehler ist der Auffassung, dass der Niedriglohnsektor bereits bestünde und verweist auf die gering vergüteten Stellen im Bewachungsgewerbe.

Herr Gerstenberger erläutert daraufhin seine genauen Erwartungen, die unter dem heutigen Vergütungsniveau liegen und Herr Geinitz bittet, mit dem Hinweis auf weiterführende Literatur, z.B. das Gutachten von Herrn Prof. Sinn zur Einkommenszulage, die arbeitsmarktpolitische Diskussion zu beenden und sich auf den Energiebereich zu konzentrieren.

Herr Fahl erläutert auf Nachfrage von Herrn M. Schmidt, der eine Novellierung der Energieeinspar-Verordnung bei zurückgehender Bauwirtschaft bezweifelt, dass eine solche Novellierung aus der Erfahrung heraus realistisch erscheint, sobald technische und wirtschaftliche

Einsparpotenziale vorhanden sind. Es ginge dabei nicht um genaue Werte, sondern eher darum, den allgemeinen Trend abzubilden. Des Weiteren erstellt das Institut für ökologische Raumordnung (IÖR) zu diesem Thema ein gesondertes Gutachten, welches dann im Oktober vorliegen werde und die Potenziale und Einsparmöglichkeiten in Sachsen aufzeigen wird.

Frau Runge stellt an Herrn Fahl die Frage, ob eine sichere Energieversorgung nicht auch eine geringe Importabhängigkeit beinhalte. Sie schlägt vor, ein Szenario einzubauen, in dem eine entsprechende Entkopplung von der Importabhängigkeit berücksichtigt wird.

Herr Fahl ist der Auffassung, dass dieser Vorschlag für ein Basisszenario unpassend sei. Er weist jedoch auf die Möglichkeit hin, zu einem späteren Zeitpunkt eine solche importunabhängigere Variante durchzurechnen.

Herr Körner weist auf die zu erneuernden deutschen Erzeugungskapazitäten in der Größenordnung von 10 GW bis zum Jahr 2010 hin und erwähnt des Weiteren die veralteten Kraftwerksparks in den EU-Neubeitrittsländern Polen und Tschechien. Herr Körner ist der Auffassung, diese Rahmenbedingungen sollten erwähnt und entsprechend berücksichtigt werden.

Herr Fahl stimmt zu, dass diese anstehenden Investitionsentscheidungen wichtige Rahmenbedingungen darstellen, die berücksichtigt werden müssen. Mit Hinblick auf Polen und Tschechien weist er jedoch darauf hin, dass nach Auswertung des im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung des Energieprogramms Sachsen in Auftrag gegebenen Gutachten von Prof. Riesner zwischen den beiden Beitrittsländern deutlich zu differenzieren sei. Demzufolge sei die Umstrukturierung und Modernisierung in Tschechien schon weiter fortgeschritten als in Polen, so dass man das Hauptaugenmerk bei Investitionsentscheidungen wohl auf letzteres legen müsse. Herr Fahl versichert, all dies würde in das Basisszenario einfließen.

Herr Pause fordert eine sofortige Novellierung der Energieeinsparverordnung (EnEV) und sieht des Weiteren die Liberalisierung des Energiemarktes für private Verbraucher als gescheitert an.

Herr Geinitz konkretisiert die Frage, ob eine „Re-Monopolisierung“ mit marktwirtschaftlichem Angesicht drohe.

Herr Fahl sieht ebenfalls die Möglichkeit des Entstehens eines Oligopolmarktes, in dem einige wenige Unternehmen den Markt dominieren. Die Berücksichtigung dieser Variante im Basisszenario findet er jedoch unangebracht. Bezüglich einer sofortigen Novellierung der EnEV äußert Herr Fahl seine Zweifel bezüglich der politischen Realisierbarkeit und konstatiert, dass eine angenommene Novellierung bis 2010 wohl realistisch erscheine.

Herr Geinitz stellt die Frage nach der Wahrscheinlichkeit der Annahme, dass bestehende Gesetze in derzeitiger Form weiterlaufen und fragt, ob es empirische Erkenntnisse gäbe, wie sich z.B. ein Regierungswechsel auf energie- und umweltpolitische Rahmenbedingungen auswirken.

Herr Fahl weist auf die Tendenzen aus der Vergangenheit hin, dass Entscheidungen von Vorgängerregierungen übernommen worden sind, ggfs. dabei leicht modifiziert. Er schlägt deshalb vor, die Rahmenbedingungen für einen gewissen Zeitraum konstant zu belassen und dann Modifikationen mit einzubeziehen.

Herr Voß verdeutlicht noch einmal den Sinn und Zweck des Basisszenarios. Dieses habe nicht die Absicht die stattfindende Energiepolitik vorherzusehen. Es ginge zunächst vor allem darum, sinnvolle Annahmen und Rahmenbedingungen zu treffen. Am Beispiel der EnEV verdeutlicht er die Wichtigkeit der Betrachtung des Gesamtkontextes. So wäre es beispielsweise vorstellbar, dass die EnEV auch auf Altgebäude ausgedehnt und insgesamt verschärft werden könnte. Zusammenfassend könnte man konstatieren, dass ein Basisszenario primär die Funktion habe, als Bezugspunkt für andere Szenarien zu dienen. Unterschiede könnten dann quantifiziert werden.

Herr Elfruth weist auf die Besonderheit der Kraftwerkskapazitäten in Sachsen hin, die bis 2010 im Gegensatz zu den von Herrn Körner erwähnten zu erneuernden gesamtdeutschen Anlagen nicht erneuert werden müssen. Des weiteren richtet er die Frage an Herrn Fahl, ob für das Basisszenario eine gleichbleibend vorrangig zentralisierte Versorgungsstruktur unterstellt oder ob auch dem Trend zur Dezentralisierung Rechnung getragen werde.

Herr Fahl stellt klar, dass Versorgungsstrukturen keine Szenarioeingangsgrößen darstellen würden, sondern ein Ergebnis der Rechnungen sei. Herr Voß unterstützt diese Aussage und weist darauf hin, dass in den Modellrechnungen der derzeitige sächsische Energieversorgungsbestand abgebildet wird. Sobald Investitionsentscheidungen anstünden, würde die nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten günstigste Investitionsentscheidung gefällt werden. Wolle man den dezentralen Anteil an Brennstoffzellen oder bestimmter anderer Techniken vorgeben, so wäre dies in einem Zusatzszenario möglich.

Herr Slaby betont, dass Sachsen als ein Teil globaler Märkte zu sehen ist. Importabhängigkeiten und Versorgungsstrukturen seien Bereiche, die vom Markt reguliert würden.

Herr Koch zeigt eine Folie aus dem vom DEBRIV in Auftrag gegebenen Gutachten *"Die Rolle der Braunkohle in einer wettbewerbsorientierten, nachhaltigen Energiewirtschaft"* der PROGNOSE AG. Er hebt hervor, dass die Braunkohle vom Kernenergieausstieg nach 2020 nicht profitieren werde und die Importabhängigkeit durch importierte Steinkohle weiter steigen werde. Die Stromerzeugung bleibe nahezu konstant und steigende Elektrifizierung werde durch Effizienzverbesserungen an Geräten und Gebäuden erreicht.

2. Teil

Zunächst stellt Herr Schneider vom Institut für Energetik (IE Leipzig) die Ergebnisse seines Gutachtens „Erneuerbare Energien (REG) - verfügbare Technologien und realisierbare Potenziale“ vor.

Im Anschluss präsentiert Herr Dr. Krzack von der TU Freiberg die Resultate der Studie „Fossile Kraftwerkstechniken“.

Herr Koch betont, dass sein Industrieverband die vorgetragenen Ergebnisse von Dr. Krzack positiv bewertet. Aktuelle Veröffentlichungen von Vattenfall und RWE seien offensichtlich in das Gutachten mit eingeflossen. Jedoch verweist er auf eine gezeigte Folie und die Abbildung 2 in der Kurzfassung, in der die spezifischen CO₂ Emissionen von diversen Erzeugungstechniken aufgezeigt werden. Er ist der Auffassung, man müsse Emissionen entlang des gesamten

Nutzungspfades betrachten, also auch bei Förderung und Transport und nicht nur direkt bei der Umwandlung.

In der folgenden Diskussion weist Herr Krzack darauf hin, dass bei der Gewinnung und dem Transport von Erdgas und Erdöl zusätzliche Emissionen durch beispielsweise Leckagen entstehen können. Über die Größenordnung herrscht zunächst Uneinigkeit. Herr Krzack erwähnt bis zu 15 % Verlust beim Erdgas Transport. Herr Kaltefleiter widerspricht dieser Zahl und präzisiert, dass diese Zahlen aus den frühen 90 er Jahren stammen und stattdessen eine aktuelle vom Öko-Institut ausgeführte Studie Verluste in der Größenordnung von 0,8 bis 1 % konstatiert. Zum Abschluss stellt Herr Krzack noch einmal klar, dass es sich bei den gezeigten spezifischen Werten nur um die direkt bei der Umwandlung auftretenden Emissionen handelt und dies in dem Gutachten auch eindeutig ausgeführt sei.

Herr M. Schmidt hinterfragt, nach welcher Methode die Stromeinspeisung der erneuerbaren Energien statistisch erfasst wird, weshalb die aufgezeigten bedeutenden technischen Potenziale im geothermischen Bereich nicht genutzt werden können und ob das IE Leipzig Kostensenkungspotenziale von erneuerbaren Energien berücksichtigt hat.

Daraufhin erklärt Herr Schneider, dass die gängige Wirkungsgradmethode verwendet wurde. Des weiteren erläutert er die Bedeutung und Aussagekraft des technischen Potenzials, welches unabhängig von der Wirtschaftlichkeit einer Technologie ist. Er weist am Beispiel der Geothermie darauf hin, dass, wenn bis 2030 eine Nutzung eintreten sollte, diese wohl nicht in Sachsen stattfinden würde. Das Erwartungspotenzial für diese Technologie also trotz großem technischen Potenzials bei 0 läge. Abschließend führt Herr Schneider aus, dass die Berücksichtigung der Kostendegression bei den Erneuerbaren Energien analog zu den Annahmen der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages erfolgt sei.

Herr Fahl bestätigt auf Anfrage von Herrn Körner, dass die einzelnen Studien, die im Rahmen des ENERGIEPROGRAMMS SACHSEN erstellt werden, die gleichen Annahmen verwenden und von identischen Rahmenbedingungen ausgehen. Dies sei durch ein gemeinsames Analyseraster und bislang vier abgehaltenen Sitzungen des Expertenkreises gewährleistet.

Herr Körner hinterfragt die Annahmen zur Energiepreisentwicklung, woraufhin Herr Geinitz auf die abschließende Präsentation von Herrn Prof. Slaby verweist.

Herr Körners Frage bezüglich der Repowering-Potenziale sächsischer Windkraftanlagen beantwortet Herr Schneider. Er erklärt, dass das Repowering von Anlagen berücksichtigt worden ist, jedoch Größe, Leistungsfähigkeit und Standortvoraussetzungen eine Erhöhung des Niveaus nach 2020 nicht erwarten lassen. Mit dem Hinweis von Herrn Elfruth, der das Erwartungspotenzial noch geringer einschätzt, da er ein mögliches Repowering außerhalb der Vorranggebiete anzweifelt, führt Herr Schneider aus, dass auch außerhalb der Vorranggebiete ein Anteil (20 %) von Repowering bestehender Anlagen angenommen worden ist.

Auf Anfrage von Herrn Elfruth, der die Erwartungen bezüglich der Nutzung von Biomasse nicht im Einklang sieht mit den im Klimaschutzprogramm festgelegten Zielen, führt Herr Schneider aus, dass die Ausgangsbasis für die Nutzung von Biomasse im Klimaschutzprogramm nach Erkenntnissen des IE nicht realistisch, sondern viel zu gering sei. Vergleiche man die absoluten Werte, so würden Erwartungspotenziale und Klimaschutzziele wieder identisch sein. Herr Koch unterstützt die Aussage und sieht momentan auch eine größere Nutzung von Biomasse Heizanlagen, insbesondere Holzverbrennungsanlagen in privaten Haushalten.

Herr Reiß fragt, ob Kosten für das Vorhalten von Kapazitäten im konventionellen Sektor zur Absicherung von erneuerbaren Energietechniken in deren Gesamtkosten berücksichtigt seien. Des Weiteren möchte er wissen, ob die Gesamtkosten für die Wirtschaft durch die Einspeisevergütung einbezogen worden sind.

Herr Schneider führt aus, dass nur die direkten Erzeugungskosten durch erneuerbare Energien Auftrag des Gutachtens gewesen sei. Die von Herrn Reis angesprochenen Aspekte seien also nicht mit berücksichtigt worden. Im Rahmen des Projektes würde bei der Berechnung der Gesamtkosten eine Berücksichtigung erfolgen. Herr Voß bestätigt, dass im Rahmen der Szenariorechnung diese Back-up-Kosten einbezogen werden. Herr Schneider bestätigt auf Nachfrage von Herrn Voß, dass die Wirtschaftlichkeitsberechnungen im Gutachten des IE Leipzig im Hinblick auf die EEG Vergütung erfolgt sei. Herr Körner fügt hinzu, dass sich die Backup-Kosten für erneuerbare Energien in einer Größenordnung von 0,1 ct/kWh (Quelle: VEE) über 0,25 ct/kWh (Quelle: Bundesumweltministerium) bis hin zu 0,35 ct/kWh (Quelle: VDEW) befinden.

Herr Krzack erläutert auf Anfrage von Herrn Voß den Begriff „Polygeneration“, bei der nicht nur energetisch sondern auch stofflich verwertet wird. Es können durch anfängliche Vergasung verschieden Sekundärkomponenten entstehen.

Herr Bossert sieht das Fortbestehen der derzeitigen EEG-Vergütung als unsicher an. Er denkt, der Strompreis sei nur noch begrenzt mit weiteren Aufschlägen belastbar. Des Weiteren weist er darauf hin, dass ab 2010 zu erneuernde Heizungsanlagen nicht automatisch durch erneuerbare Energien abgedeckt werden müssen. Er denkt, dass die Betreiber konventioneller Heizungssysteme ihre Marktposition nicht kampflos abgeben werden.

3. Teil

Herr Prof. Slaby von der TU Bergakademie Freiberg präsentiert die Ergebnisse des Gutachtens „Energiereserven und -ressourcen sowie Energiepreisentwicklung“.

Herr M. Schmidt bittet um eine einheitlich Verwendung von Energieeinheiten. Er hinterfragt außerdem, wie bei einer zu erwartenden Erschöpfung der Braunkohlevorräte innerhalb der nächsten 40 Jahre die Nachhaltigkeit bezüglich des Erhalts von Rohstoffen gewährleistet sein kann.

Herr Slaby erwidert, dass lediglich die Förderkapazitäten der derzeit aktiv Tagebaue für weitere 40 Jahre gewährleistet seien. Die gesamte statische Reichweite bei derzeitigem Förderniveau läge in Sachsen bei 250 Jahren.

Herr Daniels sieht eine unterschiedliche Herangehensweise innerhalb der verschiedenen Gutachten und befürchtet dadurch eine Unvereinbarkeit. Weiterhin möchte er die Definition der Sozialverträglichkeit in der Präsentation von Herrn Slaby hinterfragen.

Herr Slaby führt aus, dass er als Maß für die Sozialverträglichkeit die regionale Wertschöpfung setzen würde. Innerhalb des Gutachtens sei keine Prüfung der Sozialverträglichkeit vorgenommen worden. In diesem Zusammenhang weist Frau Runge darauf hin, dass die Wert-

schöpfung durch Braunkohleverstromung nur im Vergleich zur Verwertung importierter fossiler Brennstoffe höher sei, nicht jedoch gegenüber regenerativen Energietechnologien. Durch erneuerbare Energien würden positive Beschäftigungseffekte auftreten, dadurch die regionale Wertschöpfung erhöht, insbesondere auch in ländlichen Regionen.

Herr Voß weist darauf hin, dass die Gutachten im Rahmen des ENERGIEPROGRAMMS SACHSEN mit den gleichen Ansätzen angegangen worden sind. Die Vorgehensweise für die Wirtschaftlichkeitsberechnungen sei einheitlich vorgegeben worden. Die wirtschaftlichen Rahmendaten einer Technologie in Verbindung mit den entsprechenden Potenzialen werden in die Berechnungen für das Basisszenario einfließen, welches nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten eine Variante zu Energieversorgung in Sachsen vorgibt. In weiteren Szenarien können dann Ziele oder Modifikationen (z.B. Klimagasreduktionen) vorgenommen werden, die anschließend dann mit dem Basisszenario verglichen werden können.

Bezüglich der von Frau Runge angesprochenen Beschäftigungseffekte bemerkt Herr Voss, dass es ausgesprochen schwierig sei, diese zu quantifizieren. Man müsse dann sicherlich auch die Subventionen berücksichtigen, die beispielsweise bei einem Arbeitsplatz in der Windenergiebranche bei ca. 160.000 € lägen, und damit sogar weit über den 50.000 € im Steinkohle-Bergbau.

Frau Runge betont noch einmal, dass die positive soziale Wirkung der regenerativen Energien durch Beschäftigungseffekte nicht unterschätzt werden darf. Es werde auch zukünftig Subventionen geben, bei denen es darauf ankäme, dass sie zukunftsorientiert investiert werden. Dies wäre bei den regenerativen Energien gewährleistet und man würde dadurch auch positive Effekte durch Vorteile in Forschung und Entwicklung erhalten.

Herr Ulrich weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass eine ministeriumsinterne Untersuchung sich kürzlich mit den Beschäftigten im Erneuerbaren Energiensektor und dessen Anteil am Bruttoinlandsprodukt beschäftigt hat. Dabei kam heraus, dass der Anteil der regenerativen Energiewirtschaft am Gesamtbruttoinlandsprodukt in Sachsen wesentlich höher war (0,77%) als der Anteil an den Gesamtbeschäftigten (0,17 %). Herr Wulfkühler betont, dass aus seiner Sicht in Sachsen gute Voraussetzungen für Unternehmen im Bereich der erneuerbaren Energien und damit einhergehende Beschäftigungseffekte bestehen. Er verweist auf ein erfolgreiches Windkraftanlagen produzierendes Unternehmen in Leipzig, sowie eine bedeutende Firma der Photovoltaik-Branche in Freiberg.

Des Weiteren schlägt Herr Wulfkühler vor, die Bewertung der von Prof. Slaby angesprochenen Fördermöglichkeiten der Braunkohle standortspezifisch zu betrachten. Er verweist auf den Tagebau Nochten, welcher durch seine beschränkte Kapazität die Bauwürdigkeit eines weiteren 500 MW-Kraftwerksblock in Boxberg nur knapp rechtfertigen würde.

Herr Zerge betont, dass es im gewerblichen Bereich eine starke Wechselbereitschaft nach der Liberalisierung im Stromsektor gegeben hätte und dass bis zu 50 % der gewerblichen Kunden mindestens einmal den Stromanbieter gewechselt hätten. Weiter weist er daraufhin, dass der Braunkohleindustrie als heimischen Produktionszweig eine beachtliche Bedeutung zukäme, welche auch im Zusammenhang mit der hiesigen traditionellen Forschung und Entwicklung und den ansässigen Wartungsbetrieben zu sehen seien. Herr Zerge betont, dass es auch im fossilen Bereich neue Technologien gäbe (z.B. Vergasung von Kohle), deren Know-how in Sachsen angesiedelt sei.

Herr Slaby weist noch einmal darauf hin, dass die in seinem Vortrag angesprochenen positiven Beschäftigungseffekte durch die Nutzung der Braunkohle lediglich im Vergleich zur Nutzung von Importrohstoffen zu sehen sei. Darüber hinaus könne er keine Aussagen machen, da es nicht Gegenstand der Untersuchung war. Er sieht im Hinblick auf den zu etablierenden CO₂ Zertifikatshandel enorme Schwierigkeiten auf die Energiewirtschaft zukommen, da z.B. die Vorgehensweise bei der Verteilung der Zertifikate noch nicht geklärt sei.

Herr Slaby sieht im Zusammenhang mit dem von Herrn Wulfkühler angesprochenen Standort Boxberg / Nochten dringenden Entscheidungsbedarf über den Ausbau nach 2030. Aus seiner Sicht wäre eine Diskussion dieser Angelegenheit ab 2020 verspätet. Man bräuchte in diesem Bereich langfristige Planungssicherheit.

Zum Abschluss fasst Herr Fahl die zweite Sitzung des ENERGIEDIALOGS SACHSEN zusammen, die als Schwerpunkt die Rahmenbedingungen und die technologischen Energieumwandlungsmöglichkeiten zum Inhalt hatte. Er verweist auf die nächste Sitzung, in der dann die Energieanwendung im Verkehrs- und Gebäudebereich vorgestellt werden soll. Es sollen dann das Basisszenario vorgestellt und mögliche Varianten für Zusatzszenarien diskutiert werden. Deshalb erwartet Herr Fahl in der kommenden Sitzung auch Anregungen, Hinweise und Empfehlungen aus diesem Teilnehmerkreis.

Herr Geinitz verweist auf die Projekt-Homepage, wo die einzelnen Expertisen abgerufen werden können und auch die Vorbereitungsunterlagen für die 3. Sitzung wieder eingestellt werden. Diese findet am 6.10.2003 ab 13.00 Uhr im Blockhaus Dresden statt. Herr Geinitz bedankt sich für die disziplinierte Diskussion und schließt die Sitzung.